

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

46 (12.11.1947)

Die deutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 2.30, monatlicher Bezugspreis RM 2.30 (inkl. RM 2.00 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.60 zuzüglich Zustellgebühr.

Anzeigenpreis: Die 35 mm br. Nonp.-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanstoß RM 2.—. Amtl. Anzeigen 50% Nachsch.

1. Jahrgang / Nummer 46

Mittwoch, den 12. November 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Welt-Rundschau

New York (Dena-Reuters). Die USA und die Sowjetunion einigten sich in der Sitzung der Arbeitsgruppe des Palästina-Teilungs-Untersuchungsausschusses im Prinzip über die Durchführung der Teilung Palästinas.

St. Louis (AP). Die gegenwärtige antikommunistische und antisozialistische „Mythologie“ werde von den Leuten, die eine demokratische Lösung der Grundfragen sozialen und wirtschaftlichen Fragen fänden, mit Absicht verschleiert, erklärte Henry Wallace in einer Rede.

London (Dena-Reuters). Radio Moskau erklärte, der Bericht Hartmann zur Hilfe an Westeuropa, der zum Wochenende in Washington veröffentlicht wurde, diktiere „in verschleierter Form“ die interne Wirtschaftspolitik der westeuropäischen Länder. Aus dem Bericht gehe eindeutig hervor, daß der Marshall-Plan dazu bestimmt sei, die westeuropäischen Länder zu Anhängel Amerikas zu machen.

London (Dena-Reuters). Der 41-jährige deutsche Kreispräsidenten Einar Mergenthaler ist in Nordbrabantien erschossen aufgefunden worden. Durch Schüsse mit einem stummen Instrument der Polizei war sein Gesicht entstellend, Mergenthaler war seit Freitag aus dem Kriegergefangenenlager bei Wölsel verschwunden.

London (Dena-Reuters). In diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß es für Großbritannien schwierig sein würde, Ansprüche gegen die Einteilung der Macht durch den Putsch in Siam, der den Alliierten 1942 den Krieg erklärte, zu erheben, da es in dem siamesischen Friedensvertrag, im Gegensatz zu den europäischen Verträgen, keine Bestimmungen gibt, wonach Personen, denen wie Pibul Klotverbrecher verurteilt worden, vor Gericht gestellt werden.

London (Dena-Reuters). Britische Frauen haben, wie der Londoner „News Chronicle“ berichtet, einer Anzahl von deutschen Kriegsgefangenen zur Flucht verholfen.

Kopenhagen (AP). Der frühere dänische Ministerpräsident Bühl erklärte nach seiner Audienz beim König, daß dieser sich für eine sozialdemokratische Minderheitsregierung entschlossen habe. Zum neuen Ministerpräsidenten wird Hans Hedtoft ernannt werden, der Mitglied der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion und Vorsitzender der Partei ist.

Paris (AP). Drei Bürgermeister und ein stellvertretender Bürgermeister, die eben erst in drei Städten bei Bar le Duc gewählt worden waren, führen am Sonntag im Scheit mit dem Automobil in die Mäse, alle vier ertranken.

Paris (AP). Der Moskauer Korrespondent der Pariser Abendzeitung „L'Intransigent“ berichtet, daß die Sowjetunion am 15. Juni 1947 um 10 Uhr ihre erste Versuchsbombe in einer einsamen Gegend Sibiriens zur Explosion gebracht habe.

Paris (AP). Aus dem Zentralplänchen von Caux brachen 30 Strafgefangene aus, nachdem sie sich der Schlüssel eines der Wachenkäfige bemächtigt und einen anderen mit einem Rasiermesser versetzt hatten.

Charleroi (Belgien) (AP). Wegen Beteiligung an der Ermordung führender Bürger von Charleroi und wegen Zusammenarbeit mit den Deutschen wurden 27 Mitglieder der ehemaligen belgischen Resistenzpartei hingerichtet.

Frankfurt (Dena-Reuters). Der frühere slowakische Ministerpräsident Dr. Stefan Tiso wurde von dem nationalen Gerichtshof in Freiburg wegen des Zusammenstoßes mit dem Nazi zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt.

Prag (Dena-Reuters). Der tschechoslowakische Handelsattaché Dr. Hubert Ripka sagte laut CETIKA in einer Rede in Jaromir „in Übereinstimmung mit Präsident Beneš“ eindeutig, daß er bis zum letzten zur Sowjetunion halten werde.

Rom (Dena-Reuters). Der italienische Außenminister Carlo Sforza hat den vier Großmächten eine Memorandum übersandt, in dem er darum ersucht, daß Italien das Mandat über Eritrea erhält.

Rom (Dena-Reuters). Der rumänische Geschichtsschreiber in Mircea, Mochescu-Sion, gab bekannt, daß er „in Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise in Rumänien“ von seinen Posten zurückgetreten sei.

Triest (Dena). Das „Nationale Befreiungskomitee“, eine „Kollaboration im jugoslawisch besetzten Gebiet des Freistaates Triest, hat eine Note an die italienische Regierung und an die verfassunggebende Versammlung Italiens gerichtet, in der die Organisation und die Unterbreitung der „unhaltbaren Zustände“ in Jugoslawisch-Triest beim Weltfriedensrat ersucht.

Bagdad (Dena-Reuters). Die irakische Regierung wird 200 000 Pfund Sterling zur „Rettung Palästinas“ zur Verfügung stellen. Der ehemalige Ministerpräsident von Irak, Dr. Abdul Hamid Pacha, sagte, er unterstütze die Erklärung des staatsarabischen Außenministers, daß sein Land die Vereinten Nationen verlassen würde, falls die Vollversammlung für eine Teilung Palästinas stimmt.

Bagdad (Dena-Reuters). Der Generalsekretär der arabischen Liga, Abdul Rahman Azam Pascha, gab die Zusammenziehung arabischer, libanesischer, ägyptischer und transjordanischer Truppen an den Grenzen Palästinas bekannt und erklärte, diese Maßnahme sei lediglich getroffen worden, um Palästina im Falle der Zurückziehung der britischen Truppen vor einer zionistischen Aggression zu schützen. Irakische und sandi-arabische Streitkräfte würden sich, so sagte Azam Pascha hinzu, den Truppen an den Grenzen Palästinas anschließen.

Kairo (Dena-Reuters). Die Zahl der Cholera-Todesfälle in Ägypten seit Ausbruch der Epidemie vor sieben Wochen stieg am Sonntag auf über 10 000 an, nachdem in den letzten 24 Stunden weitere 175 Todesfälle gemeldet worden waren.

Teheran (Dena). In fünf Ortschaften in Persien-Kurdistan ist laut AP die Pest ausgebrochen. Bisher sind 40 Todesfälle gemeldet worden.

Sachverständige bereisen Industriegebiete

Stuttgart, 11. Nov. (Dena). Vierzig württembergisch-badische Sachverständige bereisen zur Zeit alle Fabriken Württemberg-Badens, um den einzelnen Firmen bei der Auswahl von Ersatz für die zur Demontage vorgesehenen Maschinen behilflich zu sein. Die Regierung Württemberg-Badens hatte sich in einem Aufruf an die Wirtschaft des Landes gewandt und die Stellung von Ersatz für die zur Demontage vorgesehenen Maschinen und Vorrichtungen gefordert.

Die Tagesordnung der Friedenskonferenz

Ein Fünf-Punkteplan Molotows für die Außenministerkonferenz

London, 11. Nov. (AP.) Auf der dritten Sitzung der Außenminister-Stellvertreter in London unterbreitete der sowjetische Vertreter, Andrej Smirnow, einen fünf Punkte enthaltenden Vorschlag des sowjetischen Außenministers Molotow für die Tagesordnung der am 25. November beginnenden Außenministerkonferenz. Die sowjetische Zustimmung zum Arbeitsbeginn an dem Entwurf zur Tagesordnung der Konferenz der großen Vier war der einzige Punkt, über den am Montag eine Einigung erzielt werden konnte.

Nach Ansicht amerikanischer Kreise handelt es sich bei diesen fünf Punkten, die bei der Außenministerkonferenz zur Diskussion stehen sollen, um folgende Themen:

1. Das Verfahren zur Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages.
2. Form und Umfang einer vorläufigen politischen Organisation Deutschlands.
3. Der Bericht des Kontrollrats über die Verwirklichung der auf der Moskauer Außenministerkonferenz getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich der Entmilitarisierung Deutschlands.
4. Wirtschaftliche Prinzipien, das Niveau der Nachkriegsindustrie und ein Reparationsplan.
5. Bericht der Kommission für den Friedensvertrag mit Österreich.

Dieser Fünf-Punkte-Plan Molotows ist der erste konkrete Vorschlag für die Tagesordnung, der von einer der vier alliierten Mächte gemacht wurde.

Amerikanische Kreise legten der Tatsache einige Bedeutung bei, daß Außenminister Molotow die Frage des österreichischen Friedensvertrages an das Ende der vorgeschlagenen Tagesordnung setzte. Wenn es dabei bliebe, stünde das Problem des Friedensschlusses mit Österreich offen, bis die kritische deutsche Frage geklärt sei.

Frankreich stimmte der Teilnahme Pakistans an der Friedenskonferenz zu, während der sowjetische Delegierte Smirnow erklärte, Sowjetrußland habe über diesen von England gemachten Vorschlag noch keine Entscheidung getroffen. Auch die sowjetische Forderung auf eine Beteiligung Albanens an der Friedenskonferenz blieb noch unklar. Als weitere offene Frage blieb der britisch-sowjetische Vorschlag, der endgültige Friede solle von einer deutschen Regierung unterzeichnet werden, die „für eine Annahme eines solchen Vertrages verantwortlich sein könne“.

Debatte über Verfahrens-Fragen

London, 11. Nov. (Dena.) Die Stellvertreter der Außenminister der vier Großmächte debattierten erfolglos zwei Stunden lang über Verfahrensfragen bei der deutschen Friedenskonferenz. Die Sowjets vertreten die Ansicht, daß der Plan für das Verfahren bei der deutschen Friedenskonferenz ausschließlich von den vier Großmächten entworfen werden soll, ohne andere alliierte und interessierte Mächte zur endgültigen Ent-

scheidung heranzuziehen. Die Vereinigten Staaten haben einen Kompromißvorschlag eingebracht, wonach die Anzahl der Einladungen in einem angemessenen Rahmen gehalten werden soll. Der britische Vorschlag geht dahin, daß die Einladungen an zehn interessierte Mächte ergehen sollen. Während Frankreich sich mit dem britischen Vorschlag einverstanden erklärte, weigerte sich der sowjetische Sonderbeauftragte, von seinem Standpunkt abzugeben.

Attlee gegen russische Verleumdungen

London, 11. Nov. (sp.) Die Behauptungen der Sowjetregierung die Engländer seien Imperialisten, Kriegstreiber und Verräter, seien völlig unbegründet, erklärte der britische Ministerpräsident Attlee in einer Rede zur Feier der Amtübernahme des neuen Oberbürgermeisters von London, Sir Frederick Wells. Attlee wies die demokratischen Grundsätze, welche die Staatsmänner des britischen Empire nicht nur predigen, sondern tatsächlich anwendeten. Er fügte hinzu: „Trotzdem erleben wir in der Presse der UdSSR und der Länder, in denen ihr Einfluß allmählich ist, eine ständige Flut von Verleumdungen der Bevölkerung Großbritanniens und der Mitglieder des britischen Kabinetts, die als Imperialisten und sogar als Kriegstreiber und Verräter beschimpft werden. Es ist etwas höchst ungewöhnliches, daß Mitglieder einer Regierung gegen die Vertreter einer anderen Macht, mit der sie freundschaftliche Beziehungen unterhält, eine solche Sprache gebrauchen.“

Betriebsräte für Gleichberechtigung

Stuttgart, 11. Nov. (Dena). Eine Betriebsräte-Versammlung nahm mit großer Mehrheit eine Entschließung an, in der sie an die Staatsregierung und an den Landtag von Württemberg-Baden erneut die Forderung stellt, die in der Verfassung vorgesehenen Gesetze endlich durchzuführen, die der Arbeitnehmerchaft die gleichberechtigte Mitwirkung in den Betrieben und in der Gesamtwirtschaft zuerkennen. In der Entschließung wird weiter gefordert, daß nicht nur die Erzeugnisse der Landwirtschaft, sondern auch die der gewerblichen Wirtschaft restlos erfasst und gerecht verteilt werden. Dazu wird die Einschaltung der Gewerkschaften auch in die Kontrolle der gewerblichen Wirtschaft verlangt.

„Unsere Wirtschaftsform ist nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch mit nationalsozialistischen Einflüssen“, erklärte der württembergisch-bad. Wirtschaftsminister, Dr. Hermann Veit, in einer Ansprache, die er vor den versammelten Betriebsräten Stuttgarts hielt. Der Minister führte aus, daß eine Kontrolle der Betriebe durch vom Volke selbst gewählte Kommissionen, bei denen auch die Gewerkschaften beteiligt werden müßten, der einzige Weg zu einem geregelten Wirtschaftsleben sei. Die Einführung solcher Kontrollkommissionen müsse jedoch für die gesamte Wirtschaft der amerikanischen und britischen Zone beschlossen werden.

Dr. Schumacher gegen SED-Vorwürfe

Hannover, 11. Nov. (Dena). Dr. Kurt Schumacher weist in einer Erklärung die Vorwürfe der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ zurück, wonach er in Washington Verhandlungen über die Pläne der amerikanischen Propaganda in Deutschland geführt haben soll. Dr. Schumacher betont, daß er für die deutsche Politik keinen Auftrag einer fremden Macht annehmen werde. Im Übrigen hätten die Amerikaner eine derartige Zumutung auch gar nicht gestellt. Solche Vorstellungen könnten wohl einer bei den kommunistischen Parteien aller Länder und ihren Auftraggebern üblichen Praxis entspringen, aber in einer Demokratie wende man diese Methode nicht an.

Industrieverband Bergbau fordert ausreichende Hausbrandversorgung

Bochum, 11. Nov. (Dena). Im Hinblick auf die in diesem Jahre um 36 Prozent über dem Stand des Vorjahres liegende Kohlenförderung spricht der Industrieverband Bergbau in einer Stellungnahme seine Erwartung aus, daß in diesem Winter ausreichende Mengen Hausbrand an die Bevölkerung ausgegeben werden. Wenn trotz aller Anstrengungen der Bergleute ihre Arbeitskameraden in anderen Industriezweigen auf neue Wege der Kälte ausgesetzt würden, so wirke dies lähmend auf das Pflichtgefühl des Bergmannes. Infolge des schwierigen Abtransportes seien die Haldebestände auf 1,5 Millionen Tonnen Kohlen angestiegen und nähmen täglich um weitere 30 000 Tonnen zu. Es bestehe deshalb die Gefahr, daß die Haldeplätze die Kohlen nicht mehr fassen könnten und Fehlschichten eingeleitet werden müßten. Der Industrieverband bittet daher die verantwortlichen Stellen, diesem Widerspruch ein Ende zu bereiten und genügend Hausbrandkohle zur Verfügung zu stellen.

Landesversammlung der CDU

Edlingen, 11. Nov. (Dena). Auf der CDU-Landeskonferenz Württemberg-Baden wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die amerikanische Militärregierung gebeten wird, in Württemberg-Baden die Zeitungslizenzen zu überprüfen, um eine der Größe der Parteien entsprechende Verteilung zu gewährleisten. In einer weiteren Entschließung gibt die Landesversammlung der Hoffnung Ausdruck, daß es den Teilnehmern der Londoner Außenministerkonferenz gelingen möge, einen Kompromiß zwischen Ost und West herbeizuführen und damit die Grundlage zu einem dauernden Frieden in der Welt zu legen.

Mehl für Kartoffeln

Für 4 Tonnen nicht gelieferte Kartoffeln eine Tonne Mehl

Frankfurt, 11. Nov. (Dena). Alle Länder, die ihr Kartoffelablieferungs-Soll nicht erfüllt haben, müssen nach einer Anweisung des Direktors der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hans Schlangensiefen, eine bestimmte Menge an Brotgetreide für nicht-abgelieferte Kartoffeln zur Verfügung der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft bereitstellen. Dr. Schlangensiefen begründete diese Anordnung damit, daß bis zum 26. Oktober die zum 15. Oktober vorgesehenen Ablieferungen von Kartoffeln um 1 467 100 Tonnen unterschritten worden seien. Es sei notwendig, mit Rücksicht auf die außerordentlich kritische Versorgungslage für die bisher noch nicht mit Kartoffeln belieferten Verbraucher einen Ersatz in Form von Mehl oder Brot sicherzustellen. Die Länder müssen für 4 Tonnen noch nicht abgelieferte Kartoffeln eine Tonne Mehl bereitstellen. Danach muß zur Zeit Bayern 75 000 Tonnen, Württemberg-Baden 5 000 Tonnen, Hessen 25 700 Tonnen, Schleswig-Holstein 35 000

Tonnen, Niedersachsen 105 000 Tonnen und Nordrhein-Westfalen 21 800 Tonnen Mehl zur Verfügung der Zweizonen-Verwaltung bereitstellen.

Die Fehlbeträge in der Kartoffelablieferung bis zum 15. Oktober werden wie folgt befreit: Bayern 423 100 Tonnen, Württemberg-Baden 36 000 Tonnen, Hessen 127 000 Tonnen, Schleswig-Holstein 182 000 Tonnen, Niedersachsen 562 200 Tonnen, Nordrhein-Westfalen 115 800 Tonnen.

Falls in einem Land die Rückstände in der Kartoffelablieferung größer sind, als es der geplanten Mehrerfüllung entspricht, wird ihm über eine entsprechende weitere Menge Getreide die Verfügungsgewalt entzogen. Über die Verwendung der Brotgetreide-Ausgleichs-Reserven wird im Einvernehmen mit den Ländern entschieden. Die Verfügungsgewalt über diese Reserven kann den Ländern wieder in dem Maße zurückgegeben werden, wie sie ihre Lieferverpflichtungen erfüllen.

Einzelheiten der Europahilfe

Marshall: US-Regierung benötigt über 2 1/2 Milliarden Dollar für Soforthilfsprogramm

Washington, 11. Nov. (Dena-Reuters) Außenminister Marshall erklärte vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, die amerikanische Regierung werde annähernd 2 1/2 Milliarden Dollar benötigen, um ihren Verpflichtungen für überseeische Hilfsprogramme bis zum Ende des laufenden Finanzjahres im Juni 1948 nachzukommen. Marshall führte weiter aus, Deutschland stelle das Herz des europäischen Problems dar, und es sei lebensnotwendig, daß die Wirtschaft Deutschlands auf den Stand gebracht wird, wo Deutschland sich selbst erhalten und zu dem Wohlergehen des europäischen Kontinents beitragen könne, vorausgesetzt, daß angemessene Sicherheitsmaßnahmen getroffen würden, um eine Wiedererstarkung des deutschen Militarismus zu verhindern. Die USA wünschten Deutschland aufzubauen, jedoch nur in einem solchen Ausmaß, daß das Land keine dauernde Belastung für die Vereinigten Staaten darstelle und es anderen europäischen Nationen bei ihrer wirtschaftlichen Stabilisierung helfen könne. Die Vereinigten Staaten, sagte Marshall, würden alles tun, um eine Wiederherstellung des militärischen Potentials Deutschlands zu verhindern. Ein Angebot, das alle europäischen Befürchtungen in dieser Hinsicht zunichte gemacht hätte, nämlich der Vorschlag eines Viermächteabkommens mit 40-jähriger Gültigkeit sei von anderen Nationen verdrängt und abgelehnt worden.

Auf eine diesbezügliche Frage des Vorsitzenden des Ausschusses, Senator Arthur Vandenberg, erklärte Marshall, die USA könnten es sich nicht für ewig erlauben, eine Reorganisation Deutschlands aufzuschieben, wenn die Außenminister zu keinem Fortschritt in den Besprechungen über den deutschen Friedensvertrag gelangten. Zu der Demontage in Westdeutschland sagte er, diese werde in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen durchgeführt und die in Frage kommenden Anlagen würden nicht bei der Durchführung des Industrieplans benötigt. Wenn wir jedoch auf der Londoner Konferenz irgendeine Basis für eine Einigung finden, wird vielleicht ein neues Industrienniveau für Deutschland bestimmt und

300 Mill. Dollar für Westdeutschland?

Nashville, 11. Nov. (Dena). Das US-Verteidigungsministerium will, wie der amerikanische Rundfunk im Anschluß an die Rede Marshalls, den Kongreß um die Bewilligung zusätzlicher Mittel in Höhe von insgesamt 300 Millionen Dollar für die besetzten Gebiete ersuchen, wovon 200 Mill. Dollar für Westdeutschland bestimmt sein sollen. Die Notwendigkeit der Bereitstellung dieser zusätzlichen Mittel wird begründet: 1. mit der Unfähigkeit Großbritanniens, seine bisherigen Aufwendungen in gleicher Höhe aufrechtzuerhalten, und 2. mit den höheren Lebenshaltungskosten.

„Keine Anzeichen von Demokratie“

Feststellung norwegischer Journalisten

Frankfurt, 11. Nov. (Dena) Eine Reihe norwegischer Journalisten, die angeblich auf Einladung der britischen Militärregierung die britische Zone besuchten und auch Frankfurt besuchten, faßten ihre bisherigen Eindrücke dahingehend zusammen, daß sie in Deutschland keine Anzeichen von Demokratie hätten feststellen können, vielmehr wies die Stimmung der Deutschen auf einen neuen wachsenden Nationalismus hin.

Hans K. Skou, der Vertreter der Osloer „Morgenpost“, erklärte, diese Feststellung sei für ihn insofern besonders enttäuschend, als er anlässlich seines letzten Besuches in Deutschland — im Oktober vorigen Jahres — berechtigte Hoffnungen gehabt hätte, daß Deutschland einer demokratischen Entwicklung entgegengehe. Er habe jedoch an vielen Beispielen festgestellt, daß dieser Weg nicht eingehalten worden sei. — Johan Hambro von der konservativen Osloer „Aftenposten“ fügte hinzu, daß man fühle, wie in Deutschland unter der Oberfläche „der Ruf nach dem starken Mann“ schummere. Der größte Teil des deutschen Volkes neige dazu, alles, was heute in Deutschland von der breiten Masse als schlecht empfunden werde, der Demokratie zuzuschreiben, meinte der Vertreter des „Bergens Arbeiderblad“, Gunnar H. Hartved, dessen Zeitung der in Norwegen führenden sozialdemokratischen Partei zugehörig.

Das Rückerstattungsgesetz

Berlin, 11. Nov. (Dena). Die US-Militärregierung erließ mit Wirkung vom 12. Nov. für die vier Länder der US-Zone das Gesetz Nummer 99 (Rückerstattungsgesetz). Sinn und Zweck des Gesetzes ist, in größtmöglichem Umfang und auf schnellstem Wege identifizierbares Eigentum (an Sachen und Rechten sowie in Begriffen von Sachen und Rechten) an solche Personen zurückzugeben, denen dieses Eigentum in der Zeit zwischen dem 28. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 aus rassistischen oder religiösen Gründen, aus Gründen der Staatsangehörigkeit sowie wegen ideologischer und politischer Opposition gegen den Nationalsozialismus unrechtmäßig entzogen wurde. Unter das Gesetz fallen jedoch nicht Eigentumsentziehungen aus Gründen der Staatsangehörigkeit, insofern diese Maßnahmen nach allgemeinem internationalen Recht geüblich sind. Über das Eigentum Angehöriger feindlicher Staaten verhängt werden können. Gemäß den Bestimmungen des Gesetzes sollen die Objekte ihren früheren Eigentümern oder deren Rechtsnachfolgern auch dann zurückerstattet werden, wenn die Interessen anderer Personen, die keine Kenntnis der unrechtmäßigen Wegnahme hatten, dabei unberücksichtigt bleiben. Gesetzesbestimmungen zum Schutze zugunsten der Erwerber, die der Rückgabe entgegenstehen, sind nicht zu beachten, es sei denn, daß dieses Gesetz es ausdrücklich vorschreibt. Das Gesetz wurde von der Militärregierung erlassen, weil die Abstimmung des Länderrates keinen Beschluß erbrachte, da sich der hessische Ministerpräsident Christian Stock der Stimme enthielt. Bayern, Württemberg-Baden und Bremen lehnten den Gesetzesentwurf auf Grund der amerikanischen Bedingungen ab.

Berlin, 11. Nov. (sp.) Der Leiter der Rechtsabteilung der amerikanischen Militärregierung, A. J. Rockwell, erklärte auf einer Pressekonferenz im Zusammenhang mit dem jetzt veröffentlichten Rückerstattungsgesetz für die amerikanische Zone, die Eigentums-Kontrollabteilung der Militärregierung habe 19 098 Eigentumsobjekte unter ihrer Obhut, die während des Hitler-Regimes ihren rechtmäßigen Eigentümern zwangsweise abgenommen wurden. Es handele sich bei diesen Objekten um alle möglichen Werte, angefangen von Haushaltsgegenständen bis zu Bankguthaben und Landbesitz. Ihr Wert betrage schätzungsweise dreieinhalb Milliarden Reichsmark. Wahrscheinlich befand sich das beschlagnahmte Eigentum ursprünglich zu achtzig bis neunzig Prozent in jüdischem Besitz.

Rockwell führte als Grund für die Ablehnung des Gesetzes durch die Länder der amerikanischen Zone die Auffassung der Deutschen an, daß ein solches Gesetz „unpopulär“ bei allen denen sein würde, die ihr gegenwärtiges Eigentum nicht ganz aufgeben. Das Gesetz, das als militärischer Erlaß verkündet wurde, muß von den deutschen Verwaltungsstellen unter Aufsicht der amerikanischen Militärregierung durchgeführt werden.

Baden-Baden, 11. Nov. (Dena). Der französische Oberbefehlshaber in Deutschland, General Pierre König, hat nach einer Südens-Meldung einen Erlaß über die Rückerstattung von Vermögenswerten unterzeichnet, die zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 den rechtmäßigen Besitzern auf Grund ihrer Nationalität, Rasse, Religion, Gesinnung oder politischer Tätigkeit gegen das Naziregime entzogen wurden.

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US-WB 112. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion). Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim, Telefon 3961 und 3962. Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 23.

Ausrottung der Opposition

R. St. „Zoltan Pfeiffer geflohen“, „Mikolajczyk in London gelandet“, „Hohe Strafanträge gegen Maniu“, „Polnischer Diplomat geflüchtet“, „Regierungskrise in Prag“ — so und ähnlich lauten die Nachrichten, die in den letzten Tagen in immer dichter Folge aus den Ländern östlich des Eisernen Vorhangs in die Weltöffentlichkeit dringen. Ist jedes Ereignis für sich schon geeignet, sensationell zu wirken, zusammengefaßt ergeben die einzelnen Meldungen ein Bild dramatischer Geschehnisse, deren Regie, Zusammenhänge und Auswirkungen klar auf der Hand liegen. Es ist kein Zufall, daß zur gleichen Zeit, da der polnische Oppositionsführer nach abenteuerlicher Flucht in London landet, gegen den rumänischen Oppositionsführer in einem sogenannten Hochverratsprozeß das Höchstmaß der Strafe, nämlich 25 Jahre, beantragt werden, gegen denselben Maniu, an den die Gestapo sich in sechs langen Kriegsjahren nicht heranwagen hat. Ebensoviele ist es kein Zufall, daß gerade in diesen Tagen Gottwald daran geht, den unbotmäßigen slowakischen Demokraten das Rückgrat zu brechen, während wenige Kilometer südlich von diesem Kriegsschauplatz pseudo-demokratische Auseinandersetzungen in Budapest der letzte maßgebliche Führer einer nichtkommunistischen Gruppe dem Zugriff der kommunistischen Staatsmacht entwischt. Und schließlich ist es sicher auch kein Zufall, daß alle diese Dinge mit zeitlich und räumlich forcierter Intensität wenige Wochen nach der Wiedergeburt der Komintern geschehen.

Eine der markantesten Persönlichkeiten unter den Männern, die heute im europäischen Osten wegen ihrer demokratischen Gesinnung verfolgt werden, ist Stanislaw Mikolajczyk, der bisherige Leiter der polnischen Bauernpartei. Mikolajczyk war für die Polen in der ganzen Welt eine Art Programm. Noch vor fünf Jahren war er ein „unbeschränktes Blatt“. Er ist heute etwa 50 Jahre alt, geboren wurde er in Gelsenkirchen, ist aber zusammen mit seinem Vater kurz nach dem Ende des ersten Weltkrieges in das neu-erstandene Polen zurückgewandert, wo er sich eine einflußreiche wirtschaftliche Stellung schuf. Ihn zeichnete ruhige Besonnenheit aus, aller politischen Phrasen abhold. Im Krieg 1939 wurde er mit seiner Truppe in rumänisches Hoheitsgebiet abgedrängt und ging von hier aus, wie viele andere Polen, über Frankreich nach England.

Das erste Kabinett der polnischen Exilregierung bildete der große Gegner des Marschalls Pilsudski, General Sikorski. Als Sikorski bei Gibraltar mit dem Flugzeug tödlich verunglückte, wurde Mikolajczyk sein Nachfolger. Seine Stellung wurde prekär, als die russischen Armeen das deutsche Heer zurückwarfen und in Polen eindringen. Im Erfolg Rußlands sahen die Polen zwar den Sieg

über Deutschland, aber auch den Untergang der polnischen Demokratie. Es wurde nach Erläuterung der Spannungen mit Rußland gerufen. Amerika nahm nicht Partei und England versuchte mit Erfolg die Stimmung in der polnischen Exilregierung für eine Einigung mit Rußland durchzusetzen. Da brach der Warschauer Aufstand zu einer für das nationale Polen ungeeigneten Zeit aus: Rußland unterstützte die Aufständischen nicht, die Warschauer Aufständischen kamen sich verraten vor und im Lande selber begann nun der Zulauf zu der neuen polnischen Regierung, die sich „Regierung der roten Erde“ nannte: General Rola-Zymierski und Bieruth. Mikolajczyk ging nach Polen, ausgestattet mit allerlei Garantien, und trat als Vizepremier in diese „Regierung der roten Erde“ ein.

Bei den Wahlen, die nach Kriegsende stattfanden, wurde Mikolajczyk, der ein demokratisches Polen erstrebte, wie es vor 1939 bestanden hatte, in den Hintergrund gespielt und trat zurück. Gegen seine Bauernpartei begann ein Kampf, wie er ähnlich aus den Ereignissen in Bulgarien bekannt geworden ist. Zahlreiche Prozesse gegen führende Männer unter Mikolajczyk, wegen Spionage, Konspiration mit ausländischen Mächten usw. sollten die demokratische Bauernpartei Mikolajczyks als „Reaktion“ und „Trabant des kapitalistischen Großkapitals“ diffamieren. Sie sind der Auftakt und die psychologische Vorbereitung für die Liquidierung der Partei.

Kurzgefaßter Amtschimmel

H. U. Im Kreislag des kleinsten Kreises der britischen Zone, Blackenburg, wurde ein bemerkenswerter Beschluß gefaßt: In den Protokollen der Ausschusssitzungen nur noch die Punkte der Tagesordnung und die gefaßten Beschlüsse aufzuführen. Grund: Matrizen- und Papiermangel. Zwei Fragen im Anschluß an diesen Beschlüß: sätuläre Sprung über die Hürden der Bürokratie: Könnte dieses Vorbild nicht auch bei allen anderen Kreisen, und zwar nicht nur denen der britischen Zone, Schule machen? Wäre es nicht schon jetzt überhaupt für immer beizubehalten, auch für jene Zeiten, in denen es wieder ausreichend Material geben wird?

Selbst auf die Gefahr hin ...

Nürnberg. Wenn es nicht in den Spalten der „NN“ schwarz auf weiß zu lesen wäre, würde man bräsk eine schier unglaubliche Maßnahme — der bayerische Bürokrat hat sie eronnen — als böswilliges Gerücht verwerfen. Stadtrat Eugen Glatthar gab auf einer Stadtratsitzung eine an das Ergehensministerium angelegte Anweisung bekannt, wonach „selbst auf die Gefahr hin, daß Waren (Käse, Eier usw.) verderben, keine Sonderaufträge gemacht werden dürfen.“

Zurückgelassene Vermögen meldepflichtig Stuttgart, 11. Nov. (Eig. Bericht). Wie die Militärregierung dem Länderrat mitteilt, sind auch die Vermögenswerte von Flüchtlingen meldepflichtig, die innerhalb der Reichsgrenzen von 1937 zurückgelassen und dort der Enteignung unterworfen wurden.

Wer ist Traven?

In den Jahren vor 1933 ergaben die Bücher eines Roman-Autors auch in Deutschland großes Aufsehen, nicht nur, weil sie außergewöhnlich gut und packend waren, sondern vor allem auch, weil ihr Verfasser in geheimnisvollem Dunkel gehüllt war: Bruno Traven. Viele Gerüchte umschwebten den Namen, viele Versionen sogar seine Nationalität; niemand wußte, was stimmt. Jetzt brachte „Das gute Buch“, die Monatschrift der Stuttgarter Börsenbörse (im Behrendt-Verlag, Karl M. Fraas, Stuttgart-B.) erstmalig Näheres über Traven, — wovon wir unseren Lesern wenigstens die markantesten Stellen geben wollen.

Die stünfte Literaturgeschichte hat sich mit dem Werk Travens noch nicht befafßt; sie wird sich aber früher oder später einmal mit ihm auseinandersetzen haben. Wer ist Traven? Ein Reiseschriftsteller? Der Verfasser spannender gefärbter Tendenzliteratur? Oder ist er ein Revolutionär, der mit dem Herzen erliebt, was er schreibt? Ein Fanatiker des Rechts und der Wahrheit, der mit hinreißender Gestaltungskraft Menschen und Ereignisse schildert, wie nur selten ein Mann der Feder? — Er ist alles dies zusammen: ein Schriftsteller, der seine Leser, wenn sie ihm erst einmal verfallen sind, nicht mehr aus seinem Bann freiläßt.

Irgendwo in Mexiko, fern aller weißen Zivilisation, die er gründlich verachtet, in der harten Freiheit des Urwaldes, lebte er in einem einsamen Bungalow. Und von dort her hat er zuerst seine eindringliche Warner- und Prophetenstimme über die Länder der Weiden erhoben. Er war einer der ersten, der — lange vor 1933 — den deutschen Arbeiter vor dem Einbruch des Hitler-Regimes warnte, weil

er in dem politisch unbegabten Rattenfänger von Braunau den Verderber und arbeitserföndlichen Schwärzer erkannte. Seine Prophezeiung, daß der deutsche Arbeiter nichts als Schaden von diesem System davontragen würde, ist leider überhört worden.

Einige Jahre nach dem ersten Weltkrieg begann Traven in der Börsenbörse Gutenberg seine Bücher zu veröffentlichen. Auf Packpapier geschrieben, so weißt es die Legende, traf das erste beim Verleger ein. Es war „Das Totenschiff“, ein auftritteles Buch. In der sachlich harten Sprache der Wirklichkeit schilderte es das Leben jener ausgestoßenen Seeleute, die mit ihren Papieren auch ihr Vaterland verloren haben.

Das Buch fand eine leidenschaftliche Aufnahme und wurde ein Erfolg. Eine begeisterte Anhängerenschaft wartete feberhaft auf die nächsten Werke des Verfassers. Der Name Traven wurde ein Begriff. Ja, noch mehr: für viele seiner Verehrer wurde dieser Mann geradezu ein Apostel der Menschlichkeit.

Eines der späteren Bücher hieß: „Der Schatz der Sierra Madre“. Es war eine Goldsuchergeschichte; freilich nicht eine der üblichen abenteuerlichen Erzählungen, nein, ein Buch, ergreifend im Auftrieb menschlicher Tragik und Unzulänglichkeit.

„Die weiße Rasse“ nennt Traven ein weiteres Werk, das den Kampf eines mexikanischen Grundbesitzers gegen die Raffgier und Profitsucht ausbeuteischer Oligarchen zum Vorwurf hat.

„Die Brücke im Dschungel“, — das ist das Hohelied der Mutterliebe, in dem Traven schlicht und mit einfachen Worten das Schicksal einer indischen Mutter erzählt, die ihr Kind verliert.

Traven hat auch eine Kultur- und Sittegeschichte der Bewohner Mexikos geschrieben, ein didaktisches Werk voll endlicher Schönschatten und Wahrheiten,

Der Demokrat Uhland

Zu seinem 88. Todestag am 11. November

Man ist es gewohnt, wenn man die Namen Uhlands zitiert, stets an den Balladendichter, mittelalterlicher Stoffe oder gar an einen vom Fürer Teutonicus Besessenen zu denken, als den ihn eine pangermanistisch orientierte Geschichts- und Literaturgeschichte zu suggerieren verstanden hat. Sein sich in diesen Tagen zum 88. Male runder Todestag mag Anlaß sein, den uns geliebtesten Politiker Ludwig Uhland, der viel weniger bekannt ist, in verdientem Licht zu rücken.

Von seiner Pariser Reise heimgekehrt, wurde er fünfundzwanzigjährig Beamter im württembergischen Ministerium, schied aber nach schlimmen Erfahrungen schon zwei Jahre darauf aus dem Amt. Er hatte gegen die vom König oktroyierte Verfassung protestiert und auf die Wiederherstellung der alten landständischen Rechte gedrungen. In politischen Liedern, die als Flugblätter das Land durchdrangen, stand der unangenehme Demokrat Uhland für das „gute, alte Recht“ ein. Wieder wurde er freier Advokat, 1818 bekam Württemberg eine auf sein altdeutsches Recht begründete Verfassung, an der auch Uhland mitgearbeitet hat. Endlich erhielt er 1830 an der Tübingen Universität eine Professur für Sprache und Literatur. Doch der aufrechte Demokrat wird immer wieder unbeliebt, 1833 wieder in den Landtag gewählt, muß er, um seine Abgeordnetenpflichten wahrnehmen zu können, um Urlaub einkommen und erhält nun (ein echter Schwabenstreich!) seine Entlassung, die ihm „sehr gern“ erteilt wird. Er entzieht sich jeder ferneren Neuwahl, aber die akademische Tätigkeit ist ihm für immer verschlossen. Er muß von Vortragreisen durch ganz Deutschland und das Ausland seinen Unterhalt bestreiten, wird freilich allerorts ehrenvoll empfangen. Seine Muse aber ruht ab 1846 fast ganz.

Wie Heine im „Wintermärchen“ geißelt der Politiker Uhland mit dem unangenehmen Rechtsstaat, Spielertum und Kängisdelerei. Gegen die Verschwörungstheorie schreibt er ein scharfes Sonett, in der Kammer fordert er schon 1828 ein gemeinsames Gesetzbuch für Deutschland.

Das Revolutionsjahr 1848 unterbricht wieder seine Forscherarbeit. In die Nationalversammlung der Frankfurter Paulskirche gewählt, wendet er sich

entschieden gegen das preußische Erbkaisertum, gibt bei der Wahl des Reichsverweisers Heinrich von Gagern seine Stimme und hält am 11. Januar 1849 jene demokratische Rede, die mit den Worten schließt: „Glauben Sie, es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischem Oel gesalbt ist.“ Bei der Kaiserwahl hilft er sich der Abstimmung fern, die Reichsverfassung lehnt er ab. Solcher Überzeugung getrieben, schlägt er auch den preußischen Orden Pour le mérite und den bayrischen Maximiliansorden ab, trotz Alexander von Humboldts beweglicher Vorstellungen. Mit dem Rumpplament wandert er nach Stuttgart und harrt dabei aus, bis es mit Bajonetten auseinandergetrieben wird. So endet mit maßloser Enttäuschung die politische Laufbahn eines wertvoller Kultur und Humanität besessenen Mannes der Freiheit, zu Lebzeiten verschrien und beföhelt.

Doch ihm wohnt auch der Dämon der Ahnung inne; er war ein heimlicher Revolutionär, der wußte, in welches Unheil Deutschland geraten mußte. Noch während der Schreckensperiode des wahnwitzigen Tyrannen wurde er oft in Widerstandskreisen zitiert, selbst 1863 von deutschen Landslern vor Stalingrad, und wer hört heute, von ihrer symbolischen Tragik erschüttert, jene beziehungsreichen Verse aus „Des Sängers Fluch“ ohne innerliche Bewegung:

„Dort saß ein stolzer König,
An Land und Siegen reich,
Er saß auf seinem Throne
So fester und so bleich;
Denn was er sinnt, ist Schrecken,
Und was er blüht, ist Wut,
Und was er spricht, ist Geisel
Und was er schreibt, ist Blut.“

Und:
„Weh dir, verruchter Mörder,
Du Fluch des Sängertums!
Umsonst sei all dein Ringen
Nach Kränzen blutigen Ruhms!
Dein Name sei vergessen,
In ew'ge Nacht getaucht,
Sei wie ein letztes Röcheln
In leere Luft verhaucht...“

Auch der Fluch auf die „stolzen Hellen“, der sich erfüllende vom „den Heidekind“ und der letzten „hohen Säule“ rühren uns seltsam an...
Karl Kühne.

Deutschland-Rundschau

Verzehrte Westzonen

Stuttgart. Wie die Pressestelle des württembergisch-badischen Staatsministeriums mitteilt, werden sämtliche im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge erneut überprüft. Diese Maßnahme sei notwendig geworden, weil sich die Treibstoff- und Reifenversorgung in den letzten Monaten weiterhin verschlechtert habe und deshalb eine erhebliche Anzahl von Kraftwagen stillgelegt werden müsse.

Stuttgart (Eig. Bericht). Das Innenministerium fordert die Bevölkerung dringend dazu auf, sämtliche elektrischen Geräte bei Beginn der Stromperre abzuschalten, da in letzter Zeit verschiedentlich Schadenfeuer dadurch entstanden sind, daß elektrische Geräte wie Kocher, Bügeleisen und ähnliche bei Beginn der Stromperre nicht ausgeschaltet wurden.

Bad Cannstatt. In der Zeit vom 22. November bis 31. Dezember findet im Messepark Bad Cannstatt ein Weihnachtsmarkt statt. Es wird geplant, im Verlauf der Messe 26 000 bedürftige Kinder aus den zerstörtesten Städten des Landes, u. a. auch von Pforzheim, mit Aepfeln, Süßigkeiten und Spielzeug zu beschenken.

München (Dena). Der von der CSU eingereichte Gesetzesentwurf zum Schutze der Ehre im öffentlichen Leben stehender Personen, wurde von dem Verfassungsausschuß der bayerischen Landtags mit vierzehn Stimmen gegen eine Stimme der CSU bei vier Enthaltungen abgelehnt.

München (Dena). Der bayerische Ernährungsminister Dr. Josef Baumgartner

fordert die Errichtung einer „breiten Front des süddeutschen Federalismus“, wenn der Zentralismus in Frankfurt nicht aufhöret.

Kulmbach (Ofr.). Als ein Großhändler der Firma Bauer in Ziegelhütten entlarvt, bei dem nach einer Revision des Wirtschaftsausschusses der Polizei 1200 (!) Paar Schuhe sicherstellen konnte.

Wiesbaden (Dena) Ein Ring, der sich hauptsächlich aus ehemaligen SS-Angehörigen zusammensetzte und Schwarzmarktgeschäfte im großen zwischen der britischen und der amerikanischen Besatzungszone betrieb, wurde mit der Verhaftung von vier ihrer Anführer zerlegt.

Kiel (Dena). Bei den Nachwahlen für den verstorbenen Landtagsabgeordneten von der Lieth (SPD), wurde der Kandidat der SPD, Dr. Karl Müller, mit 7877 von 15 991 abgegebenen gültigen Stimmen gewählt.

Bad Nauheim (Dena). Die Zentralverwaltung für Post und Fernmeldewesen in der Sowjetzone hat beschlossen, einen besonderen Verkehrsausschuss für das Post- und Fernmeldewesen in der sowjetischen Zone einzurichten.

Bad Nauheim (Dena). Die Hauptverwaltung landeseigener Betriebe in der Sowjetzone hat den volkseigenen Betrieben Thüringens die Herstellung unnötiger Erzeugnisse, wie Feuerzeuge ohne Steine, Wandsprüche aus Holz oder Papier und Einkaufstaschen aus Pappe untersagt.

Einlösung von Stadtschuldbriefen

Stuttgart, 11. Nov. (Eig. Ber.). Die Militärregierung hat das Gesetz über die Einlösung von Zinscheinen von Pfandbriefen und Stadtschuldbriefen zur Verkleinerung durch die Ministerpräsidenten genehmigt. Nach diesem Gesetz sind Hypothekendarlehen bis zur Regelung der Kriegsschäden an bebautem Grundbesitz zur Zahlung von Zinsen auf die von ihnen ausgegebenen Schuldscheine nur verpflichtet, wenn ihnen im jeweiligen Geschäftsjahr Zinsen aus Deckungshypotheken und -darlehen zur Verfügung stehen.

Nur noch 33 000 Arbeitslose Stuttgart, 9. Nov. (Eig. Ber.). Während in den letzten 8 Monaten die Zahl der offenen Stellen in Württemberg-Baden von 74 000 auf 78 000 gestiegen ist, fiel im gleichen Zeitraum die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 48 000 auf 22 000, davon 24 000 Männer. Einem Fehlbestand von 40 000 Schwerarbeitern steht ein Angebot von nur 14 000 Teilarbeitern gegenüber. Dieser Statistik nach müßte es ohne weiteres möglich sein, die durch die Demontage demnach freierwerdenden ca. 5000 Arbeiter wieder unterzubringen.

Bodenreform in Südbaden Die Arbeitsgemeinschaft des Badischen Gewerkschaftsbundes und des Badischen Landwirtschaftl. Hauptverbandes hat der badischen Landesregierung einen Gesetzentwurf über die Bodenreform im Lande Baden vorgelegt. Danach wurde die Höchstgrenze für den Grundbesitz in gemeinschaftlichem oder persönlichem Eigentum auf 100 Hektar bestimmt. Im Gebirge ist die Höchstgrenze bei einer Höhenlage von über 600 Metern auf 120 Hektar festgelegt. Bei Forstbetrieben und gemischt forst- und landwirtschaftlichen Betrieben sind 300 Hektar die Höchstgrenze. Darunter fallen auch die zu Siedlungszwecken bereitgestellten ehemaligen Wehrmarchts-Gelände, ferner die durch Spruchkammerentscheide anfallenden Böden sowie die Moor- und Oedländer. Ebenso werden die seit 1935 aufgeföresteten Flächen betroffen und die Allmendeländel, die keinen öffentlichen Zwecken dienen. Je nach dem Umstand kann auch Grundbesitz unter 100 Hektar in entsprechender Staffelung (z. B. bei 90 bis 100 Hektar 15 Prozent des Besitzes) zur Landabgabe herangezogen werden. Mustergüter, Verbsuchsbetriebe, städtische, staatliche und kirchliche Güter sind grundsätzlich von einer Landabgabe ausgenommen.

Fransösische Zone

Fretburg (Dena). Ein Antrag der SP, wonach der Landkreis Kehl und die Stadt Breisach zu Notstandsgebieten erklärt werden sollen, wurde vom südbadischen Landtag mit dem Zusatz angenommen, daß alle Gemeinden, die über 60 Prozent beschädigt sind, ebenfalls zu Notstandsgebieten erklärt werden sollen.

Fretburg (Dena). Die in Fretburg tagende Generalversammlung des Verbandes der schweizerischen Studentenschaft faßte einstimmig den Entschluß, der internationalen Studentenorganisation in Prag auf Grund des politischen Charakters dieser Vereinigung nicht beizutreten.

Saarbrücken (Dena). Der saarländische Großindustrielle Hermann Röchling, der sich bisher als Gefangener im Zuchthaus des Nürnberg Gerichtsgefängnisses aufhielt, traf unter amerikanischer Bewachung in Saarbrücken ein. Röchling wurde der französischen Justiz übergeben und in das französische Polizeigefängnis eingeliefert.

Vierzonenstadt Berlin: Berlin (Dena). Kardinal Graf v. Preysing, der Bischof von Berlin, wurde vom Erzbischof von Westminster, Kardinal Griffin, für Dezember zu einem Englandsbesuch eingeladen.

Berlin (Dena). Die britisch lizenzierte Presse in den britischen Besatzungsgebieten Deutschlands ist, wie ein Beamter der britischen Kontrollkommission für Deutschland mitteilt, durch die Kontrollkommission angewiesen worden, sich nicht an dem von der amerik. Militärregierung begonnenen antikommunistischen Aufklärungsfeldzug zu beteiligen.

vergebenen Versuch oder aber von dem zügigen Vorläufertum, in diesem kranken Europa — Europäer sein zu wollen.

Stefan Zweig: „Die Welt von Gestern“, Hermann-Fischer Verlag, Stockholm.)

Schauspiel-Uraufführung im Hessischen Landestheater Darmstadt

„Phädra“ von Bernard von Brentano Im Gegensatz zu den immer wieder behandelten Themen der Iphigenie, der Antigone, der Eurydike oder des Amphion ist die Gestalt der Phädra seit Rameau wohl überhaupt nicht mehr dramatisch angefaßt worden. Man durfte also der „Welturaufführung“ des Schauspiels „Phädra“ aus der Feder des früher der „Frankfurter Zeitung“ nahestehenden, 1833 nach der Schweiz emigrierten Publizisten Bernard von Brentano (der 1801 in Offenbach geboren ist) mit Recht voller Spannung entgegensehen. Aber der Liebestod der Thesau-Gattin, die ihre siebenjährige Ehe und zwei Kinder um ihrer Leidenschaft zu Hypo- lit, dem „Rennfahrer“, willen verunglückt, bleibt nur eine einmalige persönliche Angelegenheit einer schönen Frau und wird nicht zur „Tragedie“ des heutigen Menschen, die der Verfasser gern in der „Trägheit eines männlichen Herzens“, der die Liebe der Königin nicht erwidert, um nicht die Grundformel seines Lebens — die Arbeit — zu verletzen, ehben möchte. So alle die Bemühung auch der Darsteller und des als Gast verpflichteten Spielers Karl-Heinz Ströbelg littlich ohne Ergebnis für eine „sehr gute“ Bühne, die lediglich in der Dialektik und den höchst sparten Kostümen (im Bühnenbild des begabten Dominik Hartmann) angedeutet war. Dieser optische Eindruck bestimmte daher auch Wirkung und Erfolg.

Dr. Wehagen.

